Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3161

20. 10. 88

Antrag

der Abgeordneten Frau Saibold, Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN

Kein Tourismusverkehr mit dem Apartheid-Staat

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert insbesondere von dem im Besitz der Deutschen Bundesbahn befindlichen Deutschen Reisebüro (DER), der Deutschen Lufthansa sowie von allen anderen Reiseveranstaltern und -vermittlern, die Werbung für sowie die Vermittlung und Durchführung von touristischen Reisen nach Südafrika und das besetzte Namibia zu beenden.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Forderung nach Entzug der Landerechte für südafrikanische Flugzeuge auf den Flughäfen der Bundesrepublik Deutschland und das Verbot von Linien- und Charterflügen bundesdeutscher Fluggesellschaften nach Südafrika, wie sie von zahlreichen Vertretern der südafrikanischen Opposition und südafrikanischen Kirchenführern erhoben wird.

Bonn, den 20. Oktober 1988

Frau Saibold
Frau Eid
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Für die schwarze Bevölkerungsmehrheit besteht nicht die Möglichkeit, frei und offen etwa mit Touristen/innen aus der Bundesrepublik Deutschland über ihre Situation zu sprechen. Insofern dient Tourismus nach Südafrika und Namibia nicht der Völkerverständigung oder dem Kennenlernen und Verständnis der Lebensumstände der dort lebenden Menschen, sondern stärkt durch Deviseneinfuhr das Apartheidregime. Tourismus in Südafrika und Namibia ist eine besonders zynische Form der Nichtanteilnahme an den täglichen Leiden der Schwarzen, der Nichtsolidarität mit ihnen. Schwarze werden in den touristischen Programmen allenfalls als Objekte oder als Dienstleistende einbezogen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333